

Aus Bund und Ländern

## Noch keine Berufsregelung für Orthoptisten

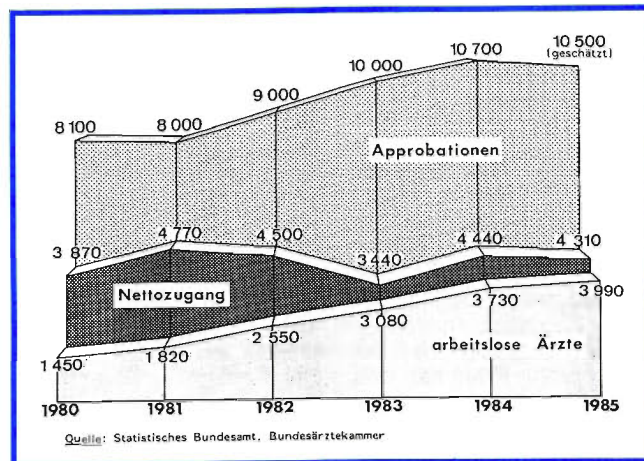
BONN. Der (federführende) Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat sich mehrheitlich gegen den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion über die Zugangsvoraussetzungen zum Beruf des(r) Augenarthelers/helferin ausgesprochen. Die SPD wollte erreichen, daß die Zulassung zu diesem Beruf *bundeseinheitlich* geregelt wird.

Ausschußmitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erkennen gleichwohl eine prinzipielle Regelungsnotwendigkeit in diesem Bereich an. Da es weitere bisher nicht bundeseinheitlich geregelte Berufe im Gesundheitswesen gebe, deren Berufsvoraussetzungen einer gesetzlichen Beratung bedürften, sollten jedoch alle zusammenhängenden Fragen zur gleichen Zeit in Angriff genommen werden.

Die Bundesregierung hat inzwischen auf bereits geleistete Vorarbeiten in dieser Richtung verwiesen. EB

## Falsche Ernährung kostet jährlich 42 Milliarden DM

BONN. Ernährungsabhängige Krankheiten kosten in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 42 Milliarden DM. Zu diesem Ergebnis kommt eine in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit erschienene Studie. Geschätzt wurden die direkten (Vorbeugung, Behandlung, Rehabilitation und Pflege) und indirekten Kosten (Arbeitsunfähigkeit, verminderte Funktionsfüllung) von Gesundheits-



## „Marktsättigung“ bei den Ärzten

Trotz der deutlich gestiegenen Approbationszahlen war in den letzten Jahren kein spektakulärer Anstieg der Netto-Zugänge zu beobachten. Die Gründe liegen hauptsächlich in der Altersstruktur der Ärzte, weil durch den „Altersberg“ hohe Abgänge entstehen, die die Brutto-Zugänge reduzieren. Die als „arbeitslos“ gemeldeten Ärzte nahmen zwar seit 1980 kontinuierlich zu, die „Arbeitslosenquote“ bei Ärzten ist jedoch mit 2,5 Prozent – gemessen an allen berufstätigen Ärzten – relativ moderat EB

störungen, bei denen Fehlernährung eine ursächliche und Ernährungsumstellung eine vorbeugende Rolle spielen können.

Als ernährungsabhängig diskutiert wurden koronare Herzkrankheiten und ihre Folgen, Krankheiten der Gehirngefäße und Bluthochdruck, Krankheiten des Kauapparates und der Verdauungsorgane, alkoholbedingte Krankheiten, Mangelkrankheiten sowie bösartige Neubildungen. Letztere wurden nicht einbezogen, da ihre Abhängigkeit von der Ernährung nicht bewiesen sei.

Insgesamt wurde der Anteil der ernährungsabhängigen Krankheiten an den Kosten aller Krankheiten auf etwa 27 Prozent geschätzt. An erster Stelle steht die Karies mit schätzungsweise 16,4 Milliarden DM. Es folgen Herzkrankheiten mit 10,6 Milliarden DM, Bluthochdruck mit 3, Leberzirrhose mit 2,2 Milliarden DM. WZ

## DKD: Schwierige Ertragslage

WIESBADEN. Der durch die Novellierung der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte ab 1983 entstandene Ertragsausfall von mehreren Millionen DM bei der Deutschen Klinik für Diagnostik, Wiesbaden, konnte bis Ende 1985 noch nicht ganz aufgefangen werden. Trotzdem blickt man nach dem Geschäftsjahr 1985 optimistisch in die Zukunft. Insgesamt hatte die DKD 1985 etwa 28 000 Patienten, die Hälfte davon Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen.

Zehn Prozent der Patienten wurden stationär versorgt, bei einer durchschnittlichen Verweildauer von knapp sechs Tagen. Die DKD begrüßt besonders solche Vertragsabschlüsse mit Wirtschaftsunternehmen, die zu einem Anstieg der Check-up-Untersuchungen für Führungskräfte geführt haben. WZ

## Die Luftrettung wird teurer

MÜNCHEN. Gegen die Erhöhung der Flugkostenpauschale für die Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes hat sich die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Krankenkassenverbände gewandt. Das Bundesinnenministerium hat zu Jahresbeginn die Pauschale von 900 auf 1048 DM je Flugstunde erhöht. Mit dieser „unangemessen hohen“ Steigerung werden nach Ansicht der bayerischen Krankenkassen deren Bemühungen um die Kostendämpfung unterlaufen. Die Arbeitsgemeinschaft rechnet damit, daß ihre Ausgaben für die Luftrettung durch diese Erhöhung von 6,4 Millionen DM im Vorjahr auf 7 Millionen DM im Jahre 1986 steigen werden. Für die Landrettung wurden 1985 140 Millionen DM, für die Berg- und Wasserrettung 3,6 Millionen DM ausgegeben. WZ

## Haushilfen für Pflegebedürftige

BERLIN. Als einen „weiteren wesentlichen Schritt auf dem Weg zur Absicherung des „Pflegerisikos“ sieht der Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, einen Gesetzentwurf, nach dem in Berlin Zivilblinden, Gehörlosen und Hilflosen zusätzlich zu der 1985 eingeführten häuslichen Krankenpflege auch eine Haushaltshilfe zur Verfügung gestellt werden kann. Diese Neuerung soll auch dazu dienen, die pflegenden Angehörigen zeitweilig zu entlasten. Nach dem Entwurf des Gesetzes, das am 1. Juli in Kraft treten soll, steht jedem Empfänger von häuslicher Krankenpflege zusätzlich für bis zu 48 Tage jährlich eine Hilfe zur Weiterführung des Haushalts zu. EB